



Das Bündnis Pass(t) uns allen:

Das Bündnis **“Pass(t) uns allen”** besteht aus über 50 migrantischen und rassismuskritischen Interessenvertretungen und Selbstorganisationen bundesweit. Miman Jasarovski, der zwar in Deutschland geboren wurde, aber wie so viele keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, initiierte zusammen mit Olga Gerstenberger und weiteren Aktiven der Initiative “With Wings and Roots“ die Vernetzung. Das Bündnis hat gemeinsam die Forderungen der Kampagne formuliert und setzt sich für ein gerechtes Staatsbürgerschafts-, Einbürgerungs- und Wahlrecht ein. Um das zu erreichen haben wir u.a. eine [Petition](#) gestartet und einen [Offenen Brief](#), der von über 100 Unterstützer*innen aus Wissenschaft, Kultur und Bildung gezeichnet wurde, an Regierung und Opposition verschickt.

Wir fordern:

- die Einführung eines uneingeschränkten ius soli, d.h alle in Deutschland geborenen Kinder erhalten die deutsche Staatsangehörigkeit – unabhängig von der Staatsangehörigkeit und dem Aufenthaltsstatus der Eltern;
- die Möglichkeit, mehrfache Staatsangehörigkeiten zu besitzen;
- das Recht auf eine unbürokratische und kostenlose Einbürgerung für alle Menschen, die seit mindestens drei Jahren ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben;
- das aktive und passive Wahlrecht auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sowie für die Wahlen zum EU-Parlament für alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt seit mindestens drei Jahren in Deutschland haben.

Pressekontakte:

[With Wings and Roots e.V.:](#)

Miman Jasarovski: E-mail: miman@withwingsandroots.com und telefonisch unter: 0157/54158750

Olga Gerstenberger: E-mail: olga@withwingsandroots.com und telefonisch unter: 0176/72775478

Siyawash Jekta: E-mail: siya@withwingsandroots.com und telefonisch unter: 0176/66694978

[Bundes Roma Verband e.V.](#)

E-mail: presse@bundesromaverband.de

[Bündnis gegen Rassismus in Sachsen](#)

Juliane Wetendorf: E-mail: juliane.wetendorf@buendnisgegenrassismus.de und telefonisch unter: 03 51/ 43 83 78 63



DaMOst e.V.:

Ayman Qasarwa: E-mail: info@damost.de und telefonisch unter: 0176/ 46 78 54 03

ISD Bund e.V.

Tahir Della: E-mail: tahirdella@isdonline.de und telefonisch unter: 0176/43382360

Jugendliche ohne Grenzen

Mohammed Jouni: E-mail: M.jouni@yahoo.de und telefonisch unter: 0176/61003000

MigraNetz Thüringen e.V.

Elisa Calzolari: E-mail: elisa.calzolari@migranetz-thueringen.org und telefonisch unter: 03641/2964496

Migrationsrat Berlin

Magdalena Benavente: E-Mail: magdalena.benavente@migrationsrat.de und telefonisch unter: 030/61658755

neue deutsche organisationen - das postmigrantische netzwerk e.V.

E-mail: medien@neue-deutsche-organisationen.de

Nicht ohne uns 14 Prozent

Sanaz Azimipour: E-mail: sanaz.azimipour@migloom.org

Netzwerk WIR WÄHLEN

Clemens Hauser: E-mail: kontakt@wir-wählen.org, telefonisch unter: 017651518946

PRO ASYL

E-mail: presse@proasyl.de und telefonisch unter 069/24231430

Statefree

Christiana Bukalo: christiana@statefree.world

TBB

Ayşe Demir: ayse.demir@tbb-berlin.de und telefonisch unter: 030/623 26 24

TGD

Kaan Bağcı: kaan.bagci@tgd.de

Statements aus dem Bündnis:

Miman Jasarovski, Aktivist, im Vorstand von With Wings and Roots e.V., Initiator der Kampagne "Pass(t) uns allen".

“Meinem Vater, der '68 als Gastarbeiter nach Deutschland kam und heute im Sterben liegt, oder meiner Mutter, welche schon verstorben ist, ist es egal, dass sie nun nur einen mündlichen statt einen schriftlichen Sprachtest machen müssen, um sich einbürgern zu lassen. Diese Änderung würdigt in keinsten Weise ihre Leistungen für dieses Land. Mein Vater hat zunächst jahrelang für die Düsseldorfer Stahlindustrie (Mannesmann, Thyssen) gearbeitet und reiste danach in ganz Deutschland auf Baustellen, um als Schweißer zu arbeiten. Da man ihm und seinen Kollegen nicht mal Schutzkleidung gab, hatten fast alle seine T-Shirts und Unterhemden Brandlöcher. Man könnte sagen, das ist meine früheste Erinnerung an ihn. Meine Mutter schrubhte sich als Reinigungskraft die Finger blutig. Am Ende hatten beide nicht mal die Rente gehabt, um sich den Lebensabend so zu gestalten, wie sie es gern gehabt hätten. In ihrer Heimat. So werden beide am Ende hier gestorben sein, und nur ihre Gebeine in ihrer Heimat ruhen. Eine echte Würdigung wäre gewesen, ihren Kindern und Enkelkindern und mittlerweile sogar Urenkeln, welche alle hier geboren und aufgewachsen sind, ohne Einbürgerungsprozess die deutsche Staatsbürgerschaft anzubieten. Oder wenigstens dafür zu sorgen, dass sie in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt nicht diskriminiert und benachteiligt werden. Hier von Würdigung zu sprechen ist eine Beleidigung.”

Christiana Bukalo, Erste Vorsitzende, Statefree e.V.: *“Die Tatsache, dass Staatenlose im aktuellen Gesetzesentwurf immer noch nicht berücksichtigt werden, ist inakzeptabel. Seit Jahrzehnten wurden die Rechte staatenloser Menschen in Deutschland fast vollständig ignoriert. Als Organisation sind wir bisher davon ausgegangen, dass der Grund für diesen unzureichenden Umgang mit Staatenlosigkeit das allgemeine Unwissen in Politik und Gesellschaft ist. Nun stellt sich aber die Frage, ob es sich tatsächlich um Unwissenheit oder vielmehr um die bewusste Missachtung und Diskriminierung staatenloser Menschen in Deutschland handelt. Wir sind nach wie vor bereit für und hoffen auf eine kollaborative und konstruktive Zusammenarbeit mit der Regierung, um eine nachhaltige Lösung für die Integration staatenloser Menschen in Deutschland zu finden.”*

Mohammed Jouni, Mit-Gründer von Jugendliche ohne Grenzen: *“Uns ging und geht es nicht darum, ‘integrierte’, gut ausgebildete, brauchbare Jugendliche zu werden, sondern darum, dass alle Menschen, die hier leben, ein Bleiberecht bekommen – egal, ob sie für diese kapitalistische Gesellschaft brauchbar oder ob sie alt oder krank sind oder kein Deutsch können, weil sie jahrelang in Lagern gelebt haben”.*

Kenan Emini, Bundes Roma Verband: *“Bis heute werden in Deutschland geborene junge Roma in die Länder abgeschoben, aus denen ihre Eltern geflohen sind. Sie werden zu Staatenlosen in Ländern, die sie gar nicht kennen und wo sie keine Zukunft haben. Dabei hat Deutschland eine historische Verpflichtung gegenüber Roma. Ein modernes Einbürgerungsrecht wäre ein Schritt in die richtige Richtung”.*

Nursemin Sönmez, Projektleitung im Kompetenznetzwerk Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft bei den neuen deutschen Organisationen: *“Die CDU-Kampagnen der 2000er Jahre gegen die doppelte Staatsangehörigkeit waren für Menschen meiner Generation – Nachfahren von Migrant*innen – eine Machtdemonstration, um das überholte*



**PASSt
uns allen**

nationale 'Wir' künstlich aufrechtzuerhalten und bereits marginalisierte Gruppen von der Einbürgerung auszuschließen. Diese rassistischen Kampagnen setzen sich heute in Äußerungen von CDU-Abgeordneten zur Loyalität fort. Sie schließen Lebensentwürfe aus, die nicht in binäre Kategorien von 'Wir' und 'Ihr' Kategorien. Wie kann eine Migrationsgesellschaft anerkannt werden, ohne die doppelte oder mehrfache Staatsangehörigkeit anzuerkennen?"

Gökay Sofuoğlu, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland: *“Die von uns lange geforderte Reform zum Einbürgerungsrecht kommt endlich! Das Innenleben und die Identität von vielen Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland manifestieren sich zukünftig dann auch in Form von zwei realen Pässen. Dass für die Generation der sogenannten Gastarbeiter*innen immer noch ein mündlicher Sprachnachweis vorgesehen ist, ist überflüssig. Es wäre ein gutes Zeichen gewesen, diesen Menschen, die Deutschland mit aufgebaut haben, die Staatsangehörigkeit noch einfacher zu ermöglichen. Außerdem haben wir zwar mit Kompromissen in der Reform gerechnet, aber einige Punkte könnten schwierig werden. Nach aktuellem Entwurf sind rassistisch und antisemitisch motivierte Handlungen bereits ein Ausschlusskriterium – Handlungen, nicht Straftaten! Damit bleibt offen, ob von der Meinungsfreiheit abgedeckte Meinungen oder die Teilnahme an Demos zukünftig zum K.O.-Kriterium werden könnten. Die Überprüfung darf nicht ausufern in einen allgemeinen Gesinnungstest.“*

Emiliano Chaimite, Kassenwart von DaMOst e.V. und Co-Geschäftsführer bei DSM e.V.: *“Als ehemaliger Vertragsarbeiter in der DDR bin ich froh, dass unsere Lebensleistung mit einer vereinfachten Einbürgerung endlich berücksichtigt wird, da weder Integrations- noch Sprachkurse vor und nach der Wiedervereinigung für uns bereitstanden. Es wird endlich nicht mehr nur auf die Gastarbeiter*innen der alten Bundesrepublik geschaut. Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsgesetz in der vorgeschlagenen Form werden jedoch gleichzeitig Menschen ausgeschlossen, die vorher einen Anspruch auf Einbürgerung hatten. Ausgeschlossen werden vor allem marginalisierte Gruppen, die unverschuldet ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten können. Darunter zum Beispiel Alleinerziehende, Pflegende, Menschen mit niedrigen Renten und prekär Beschäftigte oder Menschen in Ausbildung und Studium sowie ihre jeweiligen Kinder. Hier muss nachgebessert werden! Menschen, die sich bilden, müssen wir mit offenen Armen empfangen. Menschen die es schwer haben, müssen wir mitnehmen und dürfen sie nicht hinten runterfallen lassen!“*

Elisa Calzolari, Geschäftsführerin bei MigraNetz Thüringen e.V.: *“Ich begrüße es sehr, dass der Referentenentwurf zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts die Möglichkeit aufführt, mehr als eine Staatsangehörigkeit zu besitzen. Für mich persönlich ist es seit meiner Geburt vollkommen selbstverständlich, mehr als eine Staatsangehörigkeit zu besitzen. Aus dieser Position heraus freue ich mich umso mehr, dass dieser Status nun auf alle ausgeweitet wird. Dadurch können mehr Menschen Privilegien aufgrund von Staatsangehörigkeit in verschiedenen Ländern genießen und vor Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit geschützt werden. Jedoch bleiben Menschen, die noch nicht mal über eine Staatsangehörigkeit verfügen, weiterhin ausgeschlossen und diskriminiert. In Thüringen gibt*



PASS(t)
uns allen

es laut der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage 487 Personen mit einer ungeklärten Staatsangehörigkeit. 84 in Deutschland geborene Personen sind als staatenlos anerkannt. Und das sind nur die offiziellen Zahlen. Für diese Personen und in Deutschland geborene Kinder braucht es einen erleichterten Zugang zur Staatsangehörigkeit und ein uneingeschränktes Ius Soli.“

Olga Gerstenberger, Geschäftsführung With Wings and Roots e.V., Mit- Initiatorin der Kampagne “Pass(t) uns allen”: *“Die Beteiligung der Zivilgesellschaft scheint lediglich pro forma erfolgt zu sein. Statt weitere diskriminierende Regelungen zu verabschieden, die Tausende Menschen von einer Einbürgerung und damit voller politischer und gesellschaftlicher Teilhabe dauerhaft ausschließen, sollte die Regierung bereits bestehende Einbürgerungshürden abschaffen. So darf Armut kein Grund dafür sein, eine Einbürgerung verwehrt zu bekommen. Aus eigener Erfahrung als sogenannte ‘Aussiedlerin’, die knapp ein Jahr nach ihrer Ankunft in Deutschland unbürokratisch eingebürgert wurde, weiß ich, dass eine andere Einbürgerungspraxis möglich und notwendig ist. Wir sollten aus positiven Beispielen wie diesen lernen. Das würde die Einbürgerungsbehörden massiv entlasten und zur Demokratisierung unserer Gesellschaft beitragen.“*

Siaywash Jekta, Projektmanager, im Vorstand von With Wings and Roots e.V., Mit-Initiator der Kampagne “Pass(t) uns allen”: *“Ständig wird von der Integrationswilligkeit von hierher migrierten Menschen gesprochen, aber klare Signale von uns als Land kommen nicht. Erst durch demokratische Teilhabe, wie durch das uneingeschränkte Wahlrecht und Erhalt der Staatsbürgerschaft, können die Menschen hier ankommen und sich so willkommen fühlen, damit sie sich als Teil des Ganzen sehen. Ich war neun Monate alt, als wir nach Berlin kamen, doch mitwählen durfte ich erst mit 23 Jahren. Der Willkür bei der Einbürgerung durch Sachbearbeiter*innen muss ein Riegel vorgeschoben werden durch gesetzlich verankerte Rechte.“*

Tahir Della, Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V.: *“Eine zentrale Möglichkeit in einer Demokratie ist das aktive und passive Wahlrecht und das wiederum ist abhängig von der Staatsbürger:innenschaft. Demzufolge gilt es das Staatsbürgerschafts-, Einbürgerungsrecht den Anforderungen einer offenen Gesellschaft nach zu ändern.“*

Magdalena Benavente, Migrationsrat Berlin e.V.: *“Unbürokratische, kostenlose Einbürgerung, die Anerkennung der Staatsbürgerschaft bei Geburt und das Wahlrecht ohne deutsche Staatsangehörigkeit sind Ausdruck einer modernen Demokratie! Über Demokratie zu sprechen bedeutet, grundlegende Fragen und Prinzipien eines Rechtsstaats zu diskutieren. Insbesondere beinhaltet eine Demokratie die Garantie des Gleichheitsprinzips und den Schutz vor Diskriminierung. An der Gewährleistung dieser Prinzipien kann eine Demokratie gemessen werden. Die Staatsbürgerschaft sollte allen Menschen unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund oder ihrer wirtschaftlichen Situation gleichermaßen offenstehen. Die Bedürfnisse von Menschen, die sich in einer besonderen Lebenslage befinden und ihren Lebensunterhalt nicht sichern können oder auf Sozialleistungen*



angewiesen sind, müssen berücksichtigt werden. Das Gegenteil davon wäre diskriminierend.“

Sanaz Azimipour, Aktivistin, Autorin und Mitgründerin der Kampagne “Nicht ohne Uns 14 Prozent”: *“Wahlrecht soll ein Recht sein und kein Privileg.“*

Dr. Kien Nghi Ha, Kulturwissenschaftler und Autor, Mitglied von Orientierung - Netzwerk für Asiatisch-Deutsche Perspektiven e.V.: *“Menschen ohne staatsbürgerliche Rechte leben im permanenten Ausnahmezustand. Sie werden durch den Staat zu Menschen zweiter Klasse degradiert. Ohne grundlegende Rechte müssen viele Betroffene sich ein Leben lang gegen strukturellen und institutionellen Rassismus behaupten. Solange Deutschland insbesondere Migrant*innen und geflüchteten Menschen aus ehemals kolonialisierten Gesellschaften dauerhaft die Staatsbürgerschaft und das Wahlrecht verweigert, ist diese Gesellschaft weder dekolonialisiert noch wirklich anti-rassistisch und demokratisch.“*

Ayşe Demir, Vorstandssprecherin Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg (TBB): *„Vielen der heterogenen Migrationsbiographien und familiären Migrationsgeschichten ist eine Erfahrung gemein: Sich in einem neuen lokalen und sozialen Kontext zu verorten, neue Wurzeln und Anker zu finden und den Zugang zu voller Partizipation doch verwehrt zu bekommen. In unserer rechtsstaatlichen Demokratie hängt diese wesentlich von der Staatsangehörigkeit ab. Der deutsche Pass für all diejenigen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben und hier Steuern zahlen, ist nicht ein gönnerhaftes Zeichen von „Toleranz“ oder eine Würdigung von irgendwie gearteten Leistungen: Die deutsche Staatsangehörigkeit unter Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit wäre die folgerichtige Anerkennung der Realität einer vielfältigen Gesellschaft und als Zugang zu voller demokratischer Teilhabe der Mindestanspruch an ein Miteinander auf Augenhöhe. Die längst überfällige Reform des Staatsangehörigkeitsrechts als einen ersten Schritt in die richtige Richtung würden wir begrüßen. Doch lehnen wir eine Einbürgerung abhängig vom Geldbeutel und das Festhalten an den Einbürgerungstest und Deutschprüfungen entschieden ab.“*

Nadiye Ünsal, advd | Antidiskriminierungsverband Deutschland, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: *“Im Rahmen der von der Ampelkoalition angekündigten Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes sollten die Kategorien Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus als Diskriminierungsmerkmale ins AGG aufgenommen und gleichzeitig der Anwendungsbereich des AGG um staatliches Handeln erweitert werden. Auch wenn Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus in vielen Diskriminierungsfällen als Chiffre für ‘ethnische Herkunft’ und ‘Rasse’ stehen, gibt es Fallkonstellationen, bei denen eindeutig Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus geschieht. Dies ist nicht nur etwa der Fall beim Zugang zu Dienstleistungen, die in erster Linie vom AGG abgedeckt werden, sondern auch beim Kontakt mit staatlichen Institutionen und Behörden. Diese Schutzlücken müssen dringend im Rahmen der im Koalitionsvertrag angekündigten AGG-Reform geschlossen werden: Eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts ist nur dann umfassend wirksam, wenn gleichzeitig*



das Antidiskriminierungsrecht gestärkt wird. Der Deutsche Pass allein schützt nicht vor Diskriminierung."

Juliane Wetendorf, Co-Koordination 'Bündnis gegen Rassismus in Sachsen': *"Die Einführung vermeintlicher Prüfkriterien gegenüber Menschen, die eingebürgert werden möchten, erinnert an eine "Beweislast- Umkehr": Während der Staat nicht unter Beweis stellt, diskriminierende Praktiken abzuschaffen, sollen Menschen, die teilweise seit Jahrzehnten in der Bundesrepublik leben und Steuern zahlen, beweisen, dass sie "demokratisch genug" sind, eingebürgert zu werden. Um u.a. Steuern zu zahlen, sind sie ohne zusätzliche Überprüfungskriterien "demokratisch genug".*

Weiterführende Informationen:

Webseite der Kampagne Pass(t) uns allen: <https://passtunsallen.de>

Referentenentwurf des

Bundesministeriums: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/gesetzgebungsverfahren/DE/Downloads/referentenentwurfe/VII5/gesetz-zur-modernisierung-des-staatsangehoerigkeitsrechts.html;jsessionid=6D5CA891662293368943FD76E57C7117.2_ci_d3_22

Stellungnahme zum Referentenentwurf: <https://passtunsallen.de/stellungnahme-zum-referentinnen-entwurf-des-bundesministeriums-des-innern-und-fuer-heimat-zum-entwurf-eines-gesetzes-zur-modernisierung-des-staatsangehoerigkeitsrechts/>

Broschüre der neuen deutschen Organisationen: Staatsangehörigkeit reloaded.

Kritische Perspektiven auf Staatsangehörigkeit in der postmigrantischen Gesellschaft. [https://neuedeutsche.org/fileadmin/user_upload/PDFs/Dossier Staatsangehoerigkeit 1 08 Doppelseiten.pdf](https://neuedeutsche.org/fileadmin/user_upload/PDFs/Dossier_Staatsangehoerigkeit_1_08_Doppelseiten.pdf)

Broschüre der neuen deutschen Organisationen: Teil Haben Teil Sein.

Diskriminierungskritische Perspektiven auf Teilhabe und Repräsentanz in der postmigrantischen Gesellschaft:

https://neuedeutsche.org/fileadmin/user_upload/PDFs/kn_Dossier_Teil_haben_Teil_sein.pdf

Thränhardt, Dietrich (2022): Was sich bei Einbürgerungen ändern muss. Expertise für den

Mediendienst Integration: [https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/MEDIENDIENST INTEGRATION Dietrich Thraenhardt Expertise Einbuengerungen.pdf](https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/MEDIENDIENST_INTEGRATION_Dietrich_Thraenhardt_Expertise_Einbuengerungen.pdf)

Mediendienst Integration. Staatsangehörigkeit und Einbürgerung:

<https://mediendienst-integration.de/migration/staatsbuergerschaft.html>

Mediendienst Integration. Wie weit ist der Weg zum deutschen Pass:

<https://mediendienst-integration.de/artikel/wie-weit-ist-der-weg-zum-deutschen-pass.html>

Mediendienst Integration: Mehr Einbürgerungen, noch mehr Anträge

<https://mediendienst-integration.de/artikel/mehr-einbuengerungen-noch-mehr-antraege.html>

Tabbara, Tarik (2023): Schriftliche Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung im Ausschuss des Deutschen Bundestages für Inneres und Heimat zum Wahlrecht u.a zum Antrag der



Abgeordneten Gökyay Akbulut, Clara Bünger, Susanne Hennig-Wellsow, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE (Chance der Wahlrechtsänderung nutzen und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer einführen, Bundestags-Drucksache 20/5356), Ausschussdrucksache 20(4)171 (D). Online:
https://www.bundestag.de/resource/blob/932792/0df3e745e8fe670980308269597b0ae0/2_0-4-171-D-data.pdf

Handicap International e.V./NOW! Nicht Ohne das Wir: Offener Brief anlässlich der Neuregelung des Staatsangehörigengesetzes

<https://www.hi-deutschland-projekte.de/crossroads/offener-brief/>

NOW! Nicht ohne das Wir: Positionspapier Niederlassungserlaubnis und Einbürgerung für Menschen mit Behinderung vereinfachen: https://www.hi-deutschland-projekte.de/crossroads/wp-content/uploads/sites/3/2023/01/positionspapier-niederlassung-und-einbuengerung_deutsch.pdf

Bündnis pass(t) uns allen:

Allerweltshaus Köln e.V.

Allmende e. V.

Amaro Drom e.V.

Antidiskriminierungsverband Deutschland

Bayerischer Flüchtlingsrat

BBZ – Beratungszentrum und Betreuungszentrum für junge Flüchtlinge und Migrant*innen

Bundes Roma Verband e.V.

Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V. (BVRE)

Bundesverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Bündnis gegen Rassismus in Sachsen

Coach e.V.

DaMOst e.V.

Deutsche Wohnen & Co. enteignen

FraTÖP e.V.

Flüchtlingsrat Berlin e.V.

Flüchtlingsrat Brandenburg

Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.

Flüchtlingsrat RLP e.V.

Hessischer Flüchtlingsrat

In-Haus e.V.

Initiative - Nicht ohne uns-14 Prozent

Initiative Schwarze Menschen in Deutschland Bund e.V.

(ISD) International Women Space (IWS)

Jugendliche ohne Grenzen

korientation. Netzwerk für Asiatisch-Deutsche Perspektiven e.V.

Lateinamerikanische Fraueninitiative in Neukölln e.V.

MigLoom e.V.



MigraFem Power & Voice e.V.
Migranet-MV
MigraNetz Thüringen e.V.
Migrantenrat der Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Migrationsrat Berlin e.V.
moveGLOBAL e.V.
Netzwerk WIR WÄHLEN
neue deutsche organisationen – das postmigrantische netzwerk e.V.
Pro Asyl e.V.
Refugees with Attitudes
Roma Antidiscrimination Network (RAN)
Roma Center e.V.
Roma-Trial e.V.
RomaniPhen e.V.
Romano Sumnal
e.V. Seebrücke
Statefree e.V.
TBB – Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
Trixiwiz e.V.
Türkische Gemeinde in Deutschland e.V.
Türkische Gemeinde in Hamburg und Umgebung e.V.
Türkische Gemeinde Hessen – TG-Hessen
With Wings and Roots e.V./FROM HERE
Women in Exile e.V.
Young Voice TGD e.V.